

Satzung
über die öffentlichen Bestattungseinrichtungen
der Stadt Waischenfeld
(Friedhofs- und Bestattungssatzung)
Vom 26.07.2006

Auf Grund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nr.1 und Absatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO – BayRS 2020-1-1-I) erläßt die Stadt Waischenfeld (nachstehend „Stadt“ genannt) folgende Satzung:

ERSTER TEIL
Allgemeine Vorschriften

§ 1 Gegenstand der Satzung

Zum Zweck einer geordneten und würdigen Totenbestattung insbesondere der Gemeindegewohner betreibt die Stadt als eine öffentliche Einrichtung:

1. die Friedhöfe in Waischenfeld und Breitenlesau (§§ 2 – 7, mit den einzelnen Grabstätten (§§ 8 – 19)),
2. die Leichenhäuser in Waischenfeld, Breitenlesau und Nankendorf (§§ 20 ff.),
3. das Friedhofs- und Bestattungspersonal (§§ 23 – 25).

ZWEITER TEIL
Die städtischen Friedhöfe

Abschnitt 1
Allgemeines

§ 2 Widmungszweck

Die städtischen Friedhöfe sind insbesondere den verstorbenen Gemeindegewohnern als würdige Ruhestätte und zur Pflege ihres Andenkens gewidmet.

§ 3 Friedhofsverwaltung

Die Friedhöfe werden von der Stadt als Friedhofsträgerin verwaltet und beaufsichtigt (Friedhofsverwaltung).

§ 4 Bestattungsanspruch

- (1) Auf den städtischen Friedhöfen ist die Beisetzung
 1. der verstorbenen Gemeindegewohner,
 2. der im Stadtgebiet – oder in einem angrenzenden gemeindefreien Gebiet – Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Beisetzung nicht anderweitig sichergestellt ist,
 3. der durch Grabnutzungsrechte berechtigten Personen zu gestatten.
- (2) Die Bestattung anderer als der in Absatz 1 genannten Personen bedarf der besonderen Erlaubnis der Stadt auf die kein Rechtsanspruch besteht.
- (3) Für Tot- und Fehlgeburten gilt Art. 6 des Bestattungsgesetzes.

Abschnitt 2 Ordnungsvorschriften

§ 5 Öffnungszeiten

- (1) Die städtischen Friedhöfe sind tagsüber geöffnet. Die Besuchszeiten können am Eingang zu den Friedhöfen bekanntgegeben werden; bei dringendem Bedürfnis kann das Friedhofspersonal in Einzelfällen Ausnahmen zulassen.
- (2) Die Stadt kann das Betreten der Friedhöfe oder einzelner Teile aus besonderem Anlaß – z. B. bei Leichenausgrabungen und Umbettungen (§ 28) – untersagen.

§ 6 Verhalten im Friedhof

- (1) Jeder Besucher der städtischen Friedhöfe hat sich ruhig und der Würde des Orts entsprechend zu verhalten.
- (2) Kindern unter 10 Jahren ist das Betreten der Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- (3) Ablagerungen von Abfall oder organischen Stoffen, bedingt durch die Grabunterhaltung, sind unter Beachtung der Abfalltrennung nur in den vorgesehenen Behältern oder Sammelplätzen zulässig. Die Entsorgung von Kränzen ist nicht statthaft.
- (4) In den Friedhöfen ist insbesondere untersagt,
 1. Tiere mitzuführen (ausgenommen Blindenhunde);
 2. die Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere auch mit Fahrrädern, zu befahren. Ausgenommen sind Kinderwagen, Kranken- und Behindertenfahrstühle sowie die von der Stadt zugelassenen Fahrzeuge;
 3. ohne Genehmigung der Stadt Druckschriften zu verteilen, sonstige Waren aller Art feilzubieten oder anzupreisen, gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten;
 4. Während einer Bestattung oder Trauerfeier störende Arbeiten in der Nähe zu verrichten;
 5. zu rauchen;
 6. Wege, Plätze und Gräber zu verunreinigen;
- (5) Weitere Verhaltensregeln können am Eingang der Friedhöfe bekannt gegeben werden.

§ 7 Gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen

- (1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbebetreibende bedürfen für ihre Tätigkeit auf städtischen Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Stadt. Die Zulassung ist schriftlich zu beantragen. Die Stadt kann die Vorlage der erforderlichen Nachweise verlangen.
- (2) Die Zulassung wird nur Gewerbebetreibenden erteilt, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind. Der Antragsteller erhält einen Zulassungsbescheid, der auch als Ausweis für die Berechtigungen zur Vornahme der Arbeiten (Berechtigungsschein) gilt und dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen ist.
- (3) Durch die Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Unter Beachtung von Satz 1 ist den zur Vornahme der Arbeiten Berechtigten die Benutzung der Friedhofswege mit geeigneten Fahrzeugen abweichend von § 6 Abs. 4 Nr. 2 im erforderlichen Maße gestattet. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- (4) Die Zulassung zur Ausübung gewerblicher Tätigkeiten auf den Friedhöfen kann von der Stadt entzogen werden, wenn die Voraussetzung für ihre Erteilung weggefallen sind oder

wenn der Gewerbetreibende mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder gegen berechnigte Anordnungen des Friedhofspersonals verstoßen hat. Ein einmaliger schwerer Verstoß ist ausreichend.

- (5) Die Zulassung wird befristet, längstens auf 2 Jahre erteilt.

DRITTER TEIL

Die einzelnen Grabstätten

Die Grabmäler

Abschnitt 1 Grabstätten

§ 8 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum der Stadt. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Friedhofs- (Belegungs-) Plan, der bei der Friedhofsverwaltung während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann. In ihm sind die einzelnen Grabstätten nummeriert.
- (3) Der Boden von Begräbnisplätzen ist unter Berücksichtigung der Ausmaße der Grabstätten (§ 13) mit geeignetem Material auszutauschen, wenn der Zersetzungsprozeß der Leichen nicht gewährleistet ist. Die gilt besonders bei lehmhaltiger Bodenbeschaffenheit.

§ 9 Arten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten werden unterschieden in:
 1. Einzelgrabstätten (Reihengräber, § 10),
 2. Familiengrabstätten (Wahlgräber, § 11),
 3. Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstätten (§12),
 4. Urnensammelgrabstätte (§ 12 a).
- (2) Wird weder ein Wahlgrab in Anspruch genommen noch eine Urnenbeisetzung angemeldet, weist die Stadt dem Bestattungspflichtigen (§ 6 BestV) ein Reihengrab zu.

§ 10 Reihengräber

- (1) Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfälle für die Dauer der Ruhezeit (§ 27) des zu Bestattenden vergeben werden.
- (2) In jedem Reihengrab darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Die Grabstätte wird nach Ablauf der Ruhezeit neu belegt. Abweichend hiervon kann das Nutzungsrecht bei Reihengräbern für Kinder für die Dauer von längstens 40 Jahren begründet werden.
- (3) Es bestehen Reihengräber unterschiedlicher Größe für:
 1. Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
 2. Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr.

§ 11 Wahlgräber

- (1) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für mindestens die Dauer der Ruhezeit (§ 27), längstens für die Dauer von 40 Jahren (Nutzungszeit) begründet und deren Lage im verfügbaren Rahmen gemeinsam mit dem Erwerber bestimmt wird. Der Nutzungsberechtigte erhält eine Graburkunde. Ein Anspruch auf den Erwerb oder die Verlängerung besteht nicht.

- (2) Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung nur erfolgen, wenn:
 1. für die Dauer der Ruhezeit das Nutzungsrecht erworben wurde, oder
 2. das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert worden ist.
- (3) Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, im Wahlgrab bestattet zu werden und Mitglieder seiner Familie (Ehegatte, Kinder, Eltern und unverheiratete Geschwister) darin bestatten zu lassen. Ausnahmsweise kann die Stadt auch die Beisetzung anderer Personen zulassen. Urnenbeisetzung werden unter Beachtung der Ruhezeit in Verbindung mit den in § 13 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 6 aufgeführten Maße zugelassen.
- (4) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Absatz 3 Satz 1 genannten Personenkreis Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch eine im Zeitpunkt seines Todes wirksam werdende Verfügung übertragen. Wird bis zu seinem Tode keine derartige oder eine unwirksame Bestimmung getroffen, so geht das Nutzungsrecht auf die in Absatz 3 Satz 1 genannten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Bei mehreren gleichrangigen Angehörigen erwirbt es der Älteste. Auf Wunsch der Angehörigen kann von der Reihenfolge der in Satz 2 und 3 genannten Personen abgewichen werden. Die Graburkunde wird von der Stadt entsprechend umgeschrieben.
- (5) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auch durch Rechtsgeschäft unter Lebenden nur auf die in Absatz 3 Satz 1 genannten Angehörigen übertragen. Die Übertragung ist der Stadt anzuzeigen, die dann die Graburkunde umschreibt. Im übrigen gelten hierfür die Bestimmungen des Absatzes 4 entsprechend.
- (6) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an (teil)belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Der Verzicht kann sich nur auf die gesamte Grabstätte beziehen. Er ist der Stadt unter Vorlage der Graburkunde schriftlich zu erklären. Grabgebühren werden nicht erstattet.
- (7) Nach Beendigung des Nutzungsrechts kann die Stadt über das Grab anderweitig verfügen. Hiervon werden der Berechtigte, die Erben oder der Pfleger des Grabes rechtzeitig benachrichtigt. Sind derartige Personen nicht bekannt, ist die Einebnung der Grabstelle 2 Monate vorher durch amtliche Bekanntmachung anzukündigen.

§ 12 Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstätten (Aschenbeisetzungen)

- (1) Urnenreihengrabstätten sind Urnenstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (§ 26) bereitgestellt werden.
- (2) Urnenwahlgrabstätten sind Urnenstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird.
- (3) Eine Urnenbeisetzung ist der Stadt vorher rechtzeitig anzumelden. Bei der Anmeldung ist die standesamtliche Urkunde und die Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (4) Aschenreste und Urnen müssen entsprechend § 16 der Bestattungsverordnung gekennzeichnet bzw. beschaffen sein.
- (5) Soweit sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder dieser Satzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften über Reihengräber für Urnenreihengrabstätten und die Vorschriften über Wahlgräber für Urnenwahlgrabstätten entsprechend. Wird von der Stadt entsprechend § 11 Abs. 7 über die Urnenwahlgrabstätte verfügt, so ist sie berechtigt, in der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofs die Aschenbehälter in würdiger Weise der Erde zu übergeben.

§ 12a Urnensammelgrabstätte

- (1) Die Urnensammelgrabstätte im Städtischen Friedhof Waischenfeld ist eine gesondert ausgewiesene Aschengrabstätte, in der die Beisetzung auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch der Angehörigen anonym für die Dauer der Ruhezeit erfolgt. Die Grabstätte wird nach Ablauf der Ruhezeit neu belegt. Umbettungen sind unzulässig. Ein Grabbrief wird nicht erteilt.
- (2) Das Ablegen von Blumen und kleineren Gestecken auf der Urnenwiese ist nur am Gedenkstein (Findling) zulässig.
- (3) Soweit sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder dieser Satzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften über Reihengräber, Wahlgräber sowie Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstätten entsprechend.

§ 13 Ausmaße der Grabstätten

- (1) Die einzelnen Grabstätten haben in der Regel folgende Ausmaße:
 1. Kinderreihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 1)
einfach: Länge: 0,80 m, Breite: 0,60 m;
doppelt: Länge: 0,80 m, Breite: 1,20 m;
 2. Reihengräber (§10 Abs. 3 Nr. 2):
Länge: 1,80 m, Breite: 0,80 m;
 3. Wahlgräber (§ 11)
Familieneinfachgrab: Länge: 1,80 m, Breite: 0,80 m,
Familiendoppelgrab: Länge: 1,80 m, Breite: 1,80 m,
Familiendreifachgrab: Länge: 1,80 m, Breite: 2,80 m,
Familienvierfachgrab: Länge: 1,80 m, Breite: 3,80 m;
 4. Urnenreihengrabstätten (§ 12 Abs. 1) und Urnenwahlgrabstätten (§ 12 Abs. 2):
einfach: Länge: 0,80 m, Breite: 0,60 m,
doppelt: Länge: 0,80 m, Breite: 1,20 m.
 5. Die für eine Urnensammelgrabstätte (§ 12a) benötigte Mindestfläche beträgt 0,25 qm.
 6. Die Tiefe der Grabstätte bis zur Oberkante des Sarges beträgt wenigstens 0,90 m , bei der Urne wenigstens 0,50 m;
bei doppeltiefen Wahlgräbern bis zur Oberkante des Sarges wenigstens 1,70 m
bei doppeltiefen Urnenwahlgräbern wenigstens 0,90 m.
Erfolgen im Wahlgrab innerhalb der Ruhefrist Urnenbeisetzungen beträgt die Oberkante des Sarges wenigstens 1,40 m; die benötigte Mindestfläche der jeweiligen Urne beträgt 0,25 qm.
- (2) Der Abstand von Grabstätte zu Grabstätte darf 0,30 m (gemessen von Außenkante zu Außenkante) nicht unterschreiten.
- (3) Die Stadt kann von den Maßen in Abs. 1 und Abs. 2 notwendigerweise Ausnahmen zulassen.

§ 14 Pflege und gärtnerische Gestaltung der Grabstätten und Pflege des Grabumfeldes

- (1) Die Grabstätten sind in einem würdigen Zustand zu unterhalten.
- (2) Sechs Monate nach der Bestattung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechts ist die Grabstätte würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustande zu erhalten. Es dürfen nur geeignete Gewächse verwendet werden, die die benachbarten Gräber und eine spätere Wiederverwendung der Grabstätte nicht beeinträchtigen.
- (3) Grabbeete dürfen nicht höher als 20 cm sein.
- (4) Bei Reihengräbern bleibt die Übernahme der in den Absätzen 1 – 3 genannten Rechte und

Pflichten der freien Vereinbarung der Erben und Bestattungspflichten (§ 6 der Bestattungsverordnung) überlassen, deren Inhalt der Gemeinde auf deren Aufforderungen hin mitzuteilen ist. Übernimmt niemand die Pflege und Gestaltung und entspricht der Zustand der Grabstätte nicht den Vorschriften der Gesetze oder dieser Satzung, so ist die Stadt befugt, den Grabhügeln einzuebnen, einen vorhandenen Grabstein zu entfernen und die Grabstätte nach Ablauf der Ruhefrist anderweitig zu vergeben.

- (5) Bei Wahlgräbern ist der Nutzungsberechtigte zur ordnungsgemäßen Pflege und Gestaltung der Grabstätte verpflichtet. Entspricht der Zustand nicht den Vorschriften der Gesetze oder dieser Satzung, so findet § 31 Anwendung. Werden die Kosten für eine etwaige Ersatzvornahme nicht ersetzt, so hat die Stadt die in Absatz 4 Satz 2 genannten Befugnisse; das Nutzungsrecht gilt – ohne Entschädigungsanspruch – als erloschen.
- (6) Das jeweils anteilige Grabumfeld ist von den Nutzungsberechtigten oder sonstigen Verpflichteten vom Unkrautwuchs oder wild wachsenden Sträuchern freizuhalten. Die Pflege der Hauptwege, die sich aus dem Friedhofslageplan ergeben, übernimmt die Stadt.

Abschnitt 2 Die Grabmäler

§ 15 Errichtung von Grabmälern

- (1) Die Errichtung und wesentliche Änderung von Grabmälern ist der Stadt anzuzeigen. Für Grabmäler, Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen gelten die Vorschriften für Grabmäler entsprechend, soweit nicht anders bestimmt ist.
- (2) Die Anzeige hat schriftlich zu erfolgen. Der Anzeige sind die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen in einfacher Fertigung beizufügen, insbesondere:
 1. eine Zeichnung des Grabmalentwurfs einschließlich Grundriß und Seitenansicht im Maßstab 1:10,
 2. die Angabe des Werkstoffs, seiner Farbe und Bearbeitung,
 3. die Angabe über die Schriftverteilung.Soweit es erforderlich ist, können von der Stadt im Einzelfall weitere Unterlagen angefordert werden.
- (3) Die Errichtung kann versagt werden, wenn das Grabmal den gesetzlichen Vorschriften oder den Bestimmungen dieser Satzung nicht entspricht.
- (4) Werden Grabmäler ohne vorherige Anzeige errichtet oder wesentlich geändert, so kann die Stadt die teilweise oder vollständige Beseitigung des Grabmals anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können. Die Stadt kann verlangen, dass ein Erlaubnisantrag gestellt wird.

§ 16 Ausmaße der Grabmäler und Einfassungen

- (1) Grabmäler dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht überschreiten:

auf dem Friedhof im Stadtteil **Waischenfeld**

1. bei Kinderreihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 1): Höhe: 0,75 m, Breite 0,50 m
2. bei Reihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 2): Höhe: 1,00 m, Breite 0,70 m
3. bei Wahlgräber (§ 11)
einfach: Höhe: 1,30 m, Breite 0,80 m,
doppelt: Höhe: 1,30 m, Breite: 1,60 m,

dreifach: Höhe: 1,50 m, Breite: 2,40 m,
vierfach: Höhe: 1,50 m, Breite: 3,20 m;

4. bei Urnenreihengrabstätten (§ 12 Abs. 1) und Urnenwahlgrabstätten (§ 12 Abs. 2)
einfach: Höhe: 0,60 m, Breite: 0,40 m,
doppelt: Höhe: 0,60 m, Breite: 0,90 m.

auf dem Friedhof im Stadtteil **Breitenlesau**

1. bei Kinderreihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 1): Höhe: 0,60 m, Breite 0,35 m
2. bei Reihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 2): Höhe: 0,70 m, Breite 0,50 m
3. bei Wahlgräber (§ 11)
einfach: Höhe: 0,70 m, Breite: 0,50 m,
doppelt: Höhe: 0,80 m, Breite: 0,90 m,
dreifach: Höhe: 0,80 m, Breite: 1,20 m;
4. bei Urnenreihengrabstätten (§ 12 Abs. 1) und Urnenwahlgrabstätten (§ 12 Abs. 2)
einfach: Höhe: 0,60 m, Breite: 0,40 m,
doppelt: Höhe: 0,60 m, Breite: 0,90 m.

Die in den Friedhöfen Waischenfeld und Breitenlesau aufgeführten Höhenmaße der Grabmäler sind ab Oberkante der Grabeinfassung zu bemessen. Zusätzlich für die Grabmäler verwendete Sockel müssen in den Maßen enthalten sein.

- (2) Die Größe der Einfassung richtet sich nach den Ausmaßen für Grabstätten (§ 13). Die sichtbare Breite der Einfassung darf 0,25 m nicht übersteigen.
- (3) Vollflächige Grababdeckungen sind nur in einer gesondert für diese Gestaltung von der Stadt ausgewiesenen Grababteilung zulässig.
- (4) Mit Zustimmung der Stadt können Änderungen vorgenommen werden.

§ 17 Gestaltung der Grabmäler

- (1) Jedes Grabmal muß dem Widmungszweck der städtischen Friedhöfe (§ 2) Rechnung tragen und sich in die Umgebung der Grabstätten einfügen. Die Stadt ist insoweit berechtigt, Anforderungen hinsichtlich Werkstoff, Art und Farbe des Grabmals zu stellen.
- (2) Inhalt und Gestaltung der Inschrift müssen mit der Würde des Friedhofs in Einklang stehen.

§ 18 Standsicherheit

- (1) Jedes Grabmal muß entsprechend seiner Größe dauerhaft gegründet werden.
- (2) Der Antragsteller hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die durch Nichtbeachtung dieser Verpflichtung entstehen.
- (3) Stellt die Stadt Mängel in der Standsicherheit fest, kann sie nach vorheriger, vergeblicher Aufforderung das Grabmal auf Kosten des Antragstellers entfernen oder den gefährlichen Zustand auf andere Weise beseitigen.
- (4) Bei Antragstellung ist auf die vorstehend genannten Verpflichtungen hinzuweisen.

§ 19 Entfernung der Grabmäler und Grabstellen

- (1) Grabmäler dürfen vor Ablauf der Ruhezeit (§ 27) oder des Nutzungsrechts nur mit Erlaubnis der Stadt entfernt werden.

- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmäler bei einer entsprechenden Aufforderung der Stadt zu entfernen. Sie gehen, falls sie nicht innerhalb von drei Monaten nach einer schriftlichen Aufforderung entfernt werden, in das Eigentum der Gemeinde über.
- (3) Die Grabstelle ist nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts einzuebnen.

VIERTER TEIL

Das gemeindliche Leichenhaus

§ 20 Widmungszweck, Benutzung des gemeindlichen Leichenhauses

- (1) Die städtischen Leichenhäuser dienen – nach Durchführung der Leichenschau (§§ 1 ff. der Bestattungsverordnung) –
 1. zur Aufbewahrung der Leichen aller im Gemeindegebiet – oder in den angrenzenden gemeindefreien Gebieten – Verstorbenen, bis sie bestattet oder überführt werden,
 2. Zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Leichen bis zur Beisetzung im Friedhof.
- (2) Die Toten werden im Leichenhaus aufgebahrt. Die Bestattungspflichtigen (§ 6 der Bestattungsverordnung) entscheiden, ob die Aufbewahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes.
- (3) Besucher und Angehörige haben nur während der Trauerfeierlichkeiten unter Aufsicht des Friedhofs- oder Bestattungspersonals Zutritt zu dem Aufbahrungsraum. Leichen von Personen, die bei Eintritt des Todes an einer übertragbaren Krankheit im Sinn des Bundes – Seuchengesetzes erkrankt waren, werden in einem gesonderten Raum untergebracht (§ 19 Satz 1 der Bestattungsverordnung).
- (4) Lichtbildaufnahmen von aufgebahrten Leichen bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde und der Zustimmung desjenigen, der die Bestattung in Auftrag gegeben hat.

§ 21 Weitere Benutzungsvorschriften

- (1) Jede Leiche der im Gemeindegebiet – oder in den angrenzenden gemeindefreien Gebieten – Verstorbenen soll nach Vornahme der Leichenschau unverzüglich in das städtische Leichenhaus verbracht werden.
- (2) Die von einem Ort außerhalb des Gemeindegebietes überführten Leichen sollen unverzüglich nach Ankunft in das Leichenhaus verbracht werden, falls nicht die Bestattung unmittelbar nach der Ankunft stattfindet.
- (3) Ausnahmen können gestattet werden, wenn
 - a) der Tod in einer Anstalt (Krankenhaus, Spital u. a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist,
 - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und unverzüglich überführt wird,
 - c) die Leiche vorübergehend in einem der Würde des Verstorbenen entsprechenden Raum eines anerkannten Bestattungsunternehmens aufbewahrt wird und Belange des Gesundheitsschutzes sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht entgegen stehen.

FÜNFTER TEIL

Leichentransportmittel

§ 22 Leichentransport

Die Beförderung der Leichen der im Gemeindegebiet Verstorbenen übernimmt innerhalb des Gemeindegebietes ein von der Stadt anerkanntes Leichentransportunternehmen.

SECHSTER TEIL

Friedhofs- und Bestattungspersonal

§ 23 Leichenpersonal

- (1) Die Verrichtungen des Reinigens und Umkleiden von Leichen kann eine von der Stadt bestellte oder von ihr für diese Verrichtung zugelassene Person übernehmen, aber stets erst nach erfolgter Leichenschau.
- (2) Die Verrichtungen einer Leichenperson nach Absatz 1 dürfen auch von einem privaten Bestattungsinstitut ausgeführt werden, wenn Gründe der öffentlichen Hygiene nicht entgegenstehen.

§ 24 Leichenträger

- (1) Der Transport von Leichen, die Mithilfe bei der Aufbahrung von Leichen, die Mitwirkung bei den Beerdigungsfeierlichkeiten sowie der Begleitdienst bei Überführungen wird von den von der Stadt bestellten Leichenträgern ausgeführt.
- (2) Einzelne Verrichtungen der Leichenträger nach Abs. 1 dürfen mit Genehmigung der Stadt auch von einem privaten Bestattungsunternehmen ausgeführt werden. Die Mitwirkung bei den Beerdigungsfeierlichkeiten führt vorrangig ein von der Stadt zugelassenes Bestattungsunternehmen aus.
- (3) Auf Wunsch der Angehörigen können eigene Sargträger (z. B. Vereinsangehörige) gestellt werden.

§ 25 Friedhofswärter

Der Grabaushub, die Einfüllung des Grabes und die unmittelbare Wahrnehmung aller mit dem Friedhofsbetrieb verbundenen Aufgaben obliegt dem Friedhofswärter oder dem von der Stadt zugelassenen Bestattungsunternehmen.

SIEBENTER TEIL

Bestattungsvorschriften

§ 26 Anzeigepflicht

- (1) Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadt anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- (2) Soll die Beisetzung in einer Grabstätte erfolgen, an der ein Sondernutzungsrecht besteht, so ist dieses Recht nachzuweisen.
- (3) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Stadt im Benehmen mit den Angehörigen und dem jeweiligen Pfarramt fest.

§ 27 Ruhezeiten

Die Ruhezeit für Leichen beträgt 20 Jahre; bei Leichen von Kindern bis zum vollendeten 5. Lebensjahr 15 Jahre. Entsprechendes gilt auch für Aschenreste.

§ 28 Umbettungen

- (1) Die Umbettungen von Leichen und Aschenresten aus den in § 9 Abs. 1 Nrn. 1 – 3 bezeichneten Grabarten bedarf, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Erlaubnis der Stadt. Sie darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund die Störung der Totenruhe und die Unterbrechung der Verwesung rechtfertigt.
- (2) Die Erlaubnis kann grundsätzlich nur von den in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten Angehörigen beantragt werden. Außerdem ist zur Umbettung die Zustimmung des Grabstätteninhabers notwendig.
- (3) Die Stadt bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Sie läßt die Umbettung durchführen. Sie kann, wenn Umbettungen nach auswärts erfolgen, auch anerkannten Leichentransportunternehmen gestatten, die Umbettung durch ihr Personal vorzunehmen.

ACHTER TEIL

Übergangs-/ Schlußbestimmungen

§ 29 Alte Nutzungsrechte

- (1) Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung begründeten Sondernutzungsrechte von unbegrenzter Dauer werden auf 5 Jahre begrenzt. Sie enden jedoch erst mit dem Ablauf der Ruhefrist des in dieser Grabstätte zuletzt Bestatteten.
- (2) Auf Antrag kann bei Ablauf eines alten Nutzungsrechts (Abs. 1) ein neues Sondernutzungsrecht begründet werden.

§ 30 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO kann mit Geldbuße belegt werden, wer

1. die bekanntgegebenen Öffnungs- und Besuchszeiten mißachtet oder entgegen eine Anordnung der Stadt den Friedhof betritt (§ 5),
2. den Bestimmungen über das Verhalten auf dem Friedhof zuwiderhandelt (§ 6),
3. die Bestimmungen über die gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof nicht beachtet (§7),
4. Bestattungen nicht unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadt anzeigt (§ 26 Abs.1),
5. den Bestimmungen über Umbettungen zuwiderhandelt (§ 28),
6. Grabmäler und sonstige Grabanlagen ohne vorherige Anzeige bei der Stadt errichtet oder wesentlich verändert (§ 15) oder diese entgegen § 19 entfernt
7. Grabstätten nicht ordnungsgemäß anlegt und erhält (§ 14).

§ 31 Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel

- (1) Die Stadt kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 32 Haftungsausschluß

Die Stadt übernimmt für Beschädigungen, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhofsanlagen entstehen und für Schäden, die durch Beauftragte dritter Personen verursacht werden, keine Haftung, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht etwas anderes regeln.

§ 33 Gebühren

Die Benutzung der von der Stadt verwalteten Friedhöfe, Leichenhäuser und ihrer Einrichtungen ist gebührenpflichtig. Ebenso der Gebührenpflicht unterliegen Amtshandlungen auf dem Gebiet des Bestattungswesens. Näheres regelt die jeweils geltende Friedhofsgebührensatzung.

§ 34 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.08.2006 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofs- und Bestattungssatzung der Stadt Waischenfeld vom 08.06.2000 außer Kraft.

Waischenfeld, den 26.07.2006
STADT WAISCHENFELD

Pirkelmann
Erster Bürgermeister

Die Satzung wurde am 26.07.2006 in der Stadtverwaltung Waischenfeld zur Einsichtnahme aufgelegt. Hierauf wurde durch Anschlag an den Amtstafeln hingewiesen. Die Anschläge wurden am 27.07.2006 angeheftet und am 14.08.2006 wieder entfernt.

Waischenfeld, den 14.08.2006
Stadt Waischenfeld

Pirkelmann
1. Bürgermeister